

Schwarzarbeit auf Schweizer Baustellen: Eine Analyse aus der Perspektive der Sozialversicherung



Evelyn Loretan

Evelyn Loretan arbeitet als Revisorin in der Missbrauchsbekämpfung bei der Suva Luzern und verfügt über mehrjährige Erfahrung im Bereich von AHV und Suva-Arbeitgeberkontrollen. Evelyn Loretan hat das MAS Economic Crime Investigation 21_24 absolviert.

Schwarzarbeit auf Schweizer Baustellen ist ein anhaltendes und zunehmend komplexes Problem. Besonders herausfordernd sind mehrstufige Subunternehmerketten, in denen die Verantwortlichkeiten verschleiert, Sozialversicherungsbeiträge nicht abgerechnet und ausländerrechtliche Pflichten umgangen werden. Dadurch entstehen finanzielle Schäden für die Sozialversicherungen und Wettbewerbsnachteile für ehrliche Unternehmen.

Ziel der Arbeit war es, die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit auf Schweizer Baustellen zu analysieren und mögliche Optimierungsansätze aufzuzeigen. Im Fokus stand insbesondere die Problematik der Subunternehmerketten, die Wirksamkeit der bestehenden Instrumente sowie möglichen Verbesserungen im Vollzug. Es wurde auch untersucht, welche Massnahmen in Deutschland und Österreich im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit durchgeführt werden.

Die Arbeit stützt sich auf eine qualitative Methodik. Neben der Literatur- und Dokumentenanalyse wurden Experteninterviews mit Fachpersonen der AHV-Ausgleichskassen, der kantonalen Kontrollorgane und der Suva durchgeführt. Die Ergebnisse aus Interviews und Literatur wurden ausgewertet und mit den Erkenntnissen aus Gesetzgebung, Rechtsprechung und Fachliteratur verknüpft. Dadurch konnten sowohl Rechtliche Grundlagen als auch praktische Erfahrung im Vollzug berücksichtigt werden.

Die Arbeit zeigt, dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Schweiz bei einfacheren und isolierten Verstössen grundsätzlich funktioniert. Bei organisierten und professionell strukturierten Formen der Schwarzarbeit jedoch Schwächen aufweist. Als zentrale Probleme erweisen sich die fehlende kantonsübergreifende Datenverfügbarkeit, geringe Abschreckungswirkung der bestehenden Sanktionen sowie zunehmend komplizierte Netzwerke und undurchsichtige Subunternehmerketten.

Ein wichtiges Element betrifft zudem die fehlende frühe Meldepflicht von Arbeitnehmenden bei den Sozialversicherungen. Arbeitnehmende müssen in der Regel erst am Ende eines Kalenderjahres deklariert werden. Bei Kontrollen während des laufenden Jahres kann daher oftmals nicht festgestellt werden, ob eine Person korrekt abgerechnet wird. Die Kontrollen entfalten daher häufig eher eine präventive statt einer aufdeckenden Wirkung.

Der Vergleich mit Deutschland und Österreich zeigt, dass dort stärker auf präventive Instrumente, zentrale Kontrollstrukturen und haftungsrechtliche Mechanismen gesetzt wird.

Aus den Ergebnissen lassen sich verschiedene Optimierungsmöglichkeiten ableiten. Besonders relevant erscheinen die Einführung einer Meldepflicht vor Arbeitsbeginn in missbrauchsanfälligen Branchen, die Prüfung einer wirksamen Subunternehmerhaftung für Sozialversicherungsbeiträge sowie wirksamere Sanktionen. Ergänzend erscheint ein einfacherer Datenaustausch, eine stärkere Spezialisierung im Vollzug und eine verbesserte zentrale Koordination sinnvoll.

Die Ergebnisse der Arbeit sind insofern einzuordnen, als Schwarzarbeit, als Teil der Schattenwirtschaft, als verborgenes Phänomen nur eingeschränkt erfassbar ist. Exakte quantitative Aussagen über ihr tatsächliches Ausmass auf Schweizer Baustellen sind deshalb nicht möglich. Die Arbeit stützt sich wesentlich auf qualitative Einschätzungen, Literatur und Berichte.

Im Bereich der organisierten Schwarzarbeit besteht in der Schweiz weiterhin erheblicher Forschungsbedarf. Künftige Studien könnten insbesondere die tatsächlichen Erscheinungsformen organisierter Schwarzarbeit, die Voraussetzungen für einen wirksamen behördenübergreifenden Datenaustausch sowie die rechtliche und praktische Umsetzbarkeit von Instrumenten wie Meldepflichten oder Subunternehmerhaftung vertieft untersuchen.